

Pierre Lorang

Adieu, presse amie

Von einer nationalen Eigenart,
illustriert am Beispiel des *Luxemburger Wort*

Die spontan per Google befragte Romanistik bleibt sprachlos. *Presse amie*? Fehlange. Allenfalls in peripheren Zonen des frankophonen Internets, im rechtsextremen Dunst, ist der Ausdruck scheinbar ein Begriff. Das Revolverblatt *Minute* etwa, als prominentestes Beispiel, wird als *presse amie* des Le Pen'schen *Front national* zitiert. Niemandem aber würde es einfallen, das publizistisch konservative Leitmedium *Le Figaro* auf eine simple *presse amie* der parteipolitisch konservativen UMP zu reduzieren. Die Leserschaft des einen und die Wählerschaft der anderen mögen weitgehend deckungsgleich sein. Das ändert nichts daran, dass es sich um zwei Paar Schuhe handelt, zwei unterschiedliche Disziplinen mit divergierenden Rollenbildern im Wettstreit der demokratischen Willens- und Meinungsbildung.

Auch die Termini „befreundete Presse“ und „Parteipresse“ sind nicht Speck und Schweinefleisch. Die *L'Humanité* unterhält nach wie vor enge Bande zur Kommunistischen Partei Frankreichs. Bis 1994 war sie deren „Zentralorgan“, sodann schmückte sie sich mit dem Untertitel „Journal du PCF“. Seit 1999 fungiert die Partei nur noch als Herausgeber des Blattes, dessen Linie fortan eigenständig von der Redaktion verantwortet und nicht mehr, wie zuvor, von der Parteiführung diktiert wird. Unberührt von solchen Nuancen bleibt *L'Humanité* eine Parteizeitung, eine der letzten ihrer Art in Europa,

ein Relikt aus jenen Tagen, da die Welt und die Bilder derselben noch schwarzweiß getüncht waren. Und obgleich sie

Ich durfte als Abgesandter der *presse amie* an den dienstagsmorgendlichen Sitzungen der CSV-Kammerfraktion teilnehmen. Damit war ich sozusagen „embedded“

sich heute redlich bemüht, die althergebrachten Deutungsmuster nicht mehr zentralistisch-orthodox, sondern mittels einer bunten Palette linker Grautöne zu zeichnen, schwebt sie immerzu über dem wirtschaftlichen Abgrund, der den allermeisten Parteigazetten des Kontinents, rechten wie linken, längst zum Verhängnis geworden ist. In der digital-globalen „Wissensgesellschaft“ gerät gedruckte Indoktrinierung sowohl zum kulturellen Anachronismus als auch zum ökonomischen Wettbewerbsnachteil.

Die *presse amie* ist demnach zuvorderst ein typischer Luxemburgismus. Nicht Parteipresse mit statutarisch-organischen Verbindungen zu einer politischen Gruppierung, deren Wirken und Werden sie durch dick und dünn teilt, aber auch nicht einfach nur Meinungspresse auf dem eher losen Fundament einer philosophisch-kulturellen Geisteshaltung, sondern irgendetwas Schwerdefinierbares da-

zwischen. Als jüngster Spross des Genres mag das *Lëtzebuurger Journal* gelten, das seit seinem Relaunch nicht mehr das nibelungentreue Verlautbarungshorn der Demokratischen Partei ist, aber auch (noch) nicht das tägliche Begegnungsforum von freiheitlich-liberal gesinnten Menschen, zu deren staatsbürgerlichem Verständnis es gehört, *alle* Akteure des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, also inklusive einer DP, mit kritischer Distanz zu beäugen und sie, je nach Sachlage, mal lobend, mal tadelnd, mal freundlich, mal bitterböse zu benoten. Kurzum: Das *Journal* ist soeben in eine Phase seiner Existenz getreten, die das *Luxemburger Wort* im Begriff ist zu überwinden.

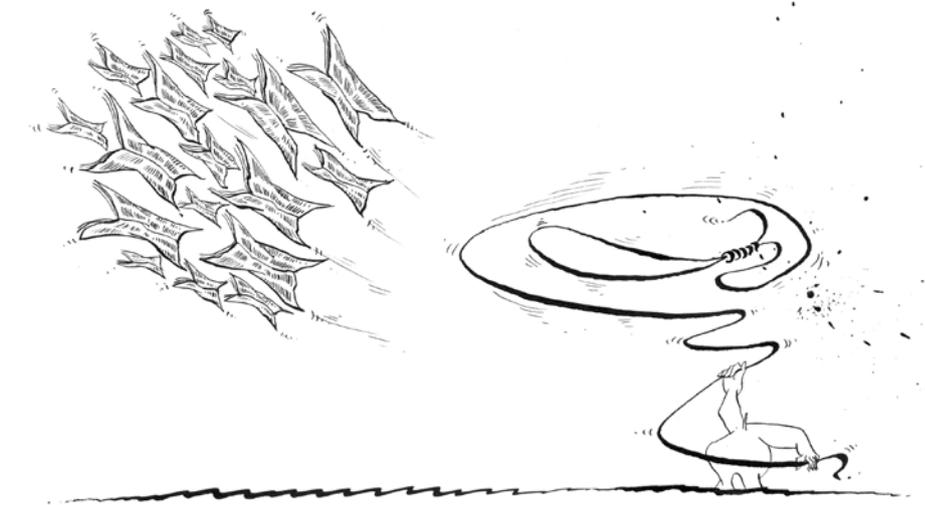
Journalistische Messdiener

Einige persönliche Worte: Als ich Ende 1996 hauptberufliches Mitglied der Redaktion der größten Luxemburger Tageszeitung wurde, fasste ich den sich späterhin als richtig herausstellenden Entschluss, alle ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Christlich-Sozialen Volkspartei einzustellen. Es war insbesondere Chefredakteur Léon Zeches, der mir diesen Schritt ans Herz legte. Zwecks Vermeidung jedweder Loyalitätskonflikte, aber auch um des inneren Redaktionsfriedens und eines offeneren publizistischen Konzepts für die

Zeitung willen hatte der erfahrene Medienmann erkannt, dass es nicht mehr opportun und in niemandes Interesse sei, Redakteursposten mit aktiven Parteipolitikern oder gar Mandatsträgern, etwa vom Schläge eines Jean Wolter oder einer Viviane Reding, zu besetzen. „Die Zeiten sind vorbei, da das *Luxemburger Wort* der CSV mit dem Weihrauchfässchen hinterherläuft“, pflegte er zu sagen. Für Zeches sollte die Zeitung ausgewogen, faktisch korrekt und vollständig über das politische Geschehen im Land und sämtliche relevanten Akteure desselben berichten. Zudem sollte sie im besten Sinne des Wortes Meinung machen und die Dinge im Lichte eines von ihr beanspruchten und verantworteten christlichen Humanismus analysieren und kommentieren.

So weit, so gut. Das Problem bestand darin, dass niemand in der Redaktion eindeutig wusste, wie diese hehren Prinzipien denn nun konkret, im hektischen Tagesgeschäft mit seinen oft unvorhergesehenen, nicht eingeprobten Szenarien und vor dem Hintergrund eines immer vielfältigeren und konkurrenzintensiveren Medienmarkts in die Praxis umzusetzen seien. Hinzu kamen die Last der Vergangenheit und die Zwänge der Gegenwart, alteingübte Gewohnheiten, Rücksichten und Tabus, die vorgeblich legitimen Interessen der „Freunde des Hauses“ dienten, zu denen selbstredend auch die lieben Anzeigenkunden gehörten, sowie die kleinen Gefälligkeitsprivilegien dieses oder jenes Vereinspräsidenten, Politikers oder Klerikers. Willkommen im soziologischen Panoptikum des Luxemburger Milieukatholizismus unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert!

Mir selbst war nur eines klar: Ich durfte den Berufstitel „Journalist“ tragen, mit dem ich zeitlebens und mit Blick auf Vorbilder wie *Le Monde* oder *SZ* höchste fachliche und moralische Ansprüche verknüpft hatte, war ein kleines, aber nicht unscheinbares Rädchen im hochkomplexen Uhrwerk des tagtäglichen Zeitungsmachens, das ich staunend als logistisches Wunder, zuweilen gar als mechanischen Ansatz eines Gottesbeweises empfand, und nicht zuletzt stand ich im Dienst der „großen Sache“, wie die Altvorderen



des Hauses allzu gerne und nicht ohne Tremolo in der Stimme betonten.

Mit Eintritt in die innenpolitische Redaktion im Herbst 1998 wurde es ernst. Wie jeder Rubriknovize wurde ich mit der ehrenvollen, doch höchst arbeitsintensiven Mission des „parlamentarischen Berichterstatters“ betraut. Seit meiner Jugendzeit war ich ein eifriger Leser des „Chamberbericht“ im *LW* gewesen, der damals, in den siebziger und achtziger Jahren, vor allem den Zweck verfolgte, in extenso auf die Debattenbeiträge der CSV-Deputierten einzugehen, während die Redner der anderen Fraktionen, falls überhaupt, nur sehr knappe Erwähnung fanden.

Ich vermutete, dass diese Art von Parteilichkeit journalistisch, na ja, von eher zweifelhaftem Wert war und daher nicht mehr von der zusehends anspruchsvolleren Leserschaft goutiert würde. Und so bemühte ich mich um größtmögliche Ausgewogenheit in einer Form, wie sie heutzutage, wo die Informationsvermittlung sehr viel pointierter, analytischer und auf Synthese bedacht ist, kaum noch zeitgemäß wäre. Doch damals, Ende der Neunziger, galt es, Zeitungsseiten im großen Broadsheet-Format anstelle des handlicheren Tabloid zu „schwärzen“, wobei visueller Schnickschnack wie üppige Fotos oder farbige Infografiken – schließlich war man ein „seriöses“ Blatt – verpönt war.

Eingebettet in der Fraktionsfestung

Bei allem Bemühen um berichterstattende „Objektivität“ sollte ich als Abgesandter der *presse amie* dennoch in den Genuss eines ganz speziellen Privilegs kommen: Ich durfte an den dienstagsmorgendlichen Sitzungen der CSV-Kammerfraktion mitsamt anschließendem Mittagessen teilnehmen. Damit war ich sozusagen „embedded“, ähnlich jener ausgewählten Kriegsberichterstatter im Irak, die ab 2003 an vorderster Front im Panzerspähwagen mit den US-Streitkräften Richtung Bagdad vorpreschten. Die *LW*-Chefredaktion versprach sich für ihren eingebetteten Kammerreporter einen Informationsvorsprung mit entsprechenden Premium-News. Den Politikern ging es eher darum, einen auf gut Freund zu machen, wovon sie sich eine bevorzugte Medienpräsenz erhofften.

Für den einen oder anderen Ehrenwerten war die Erfahrung sicher zielführend. Für mich, den Journalisten und angeblichen „Wachhund der Demokratie“, war sie, mit Verlaub, eine sprudelnde Frustquelle. Denn selbstverständlich unterlag alles, was in diesen Versammlungen zur Sprache kam, der Vertraulichkeit und Geheimhaltung. Und so wurde ich Woche für Woche Zeuge von Szenen wie im Kindergarten, bestehend aus meist kleinlichem Gestreite zwischen undisziplinierten,

vom Volk gewählten Würdenträgern mit einem Übermaß an Ego und einem Untermaß an fachlicher und – vereinzelt – auch menschlicher Kompetenz. Mucksmäuschenstill wurde es erst, wenn der Staatsminister mit Verachtung signalisierender Körpersprache den Raum betrat. Dann nahm die Zivilcourage Reißaus und verstummte alle zuvor lauthals geäußerte Kritik an der Regierungspolitik.

Nun, irgendwann ließ der Unterhaltungswert nach und ich beschloss, mir das Fraktionsspektakel zu ersparen und so ein Stück Ausdrucks- und Bewegungsfreiheit zurückzugewinnen. Eine „Freiheit“ der besonderen Art war die, die ich als befreundeter Interviewer in christlich-sozialen Kreisen auskostete. Da konnte es schon mal vorkommen, dass das in der Zeitung abgedruckte und durch ein Foto beglaubigte Gespräch in dieser Form nie und nimmer stattgefunden hatte. Das war insbesondere dann der Fall, wenn der Interviewte nur wenig Zeit (oder Lust) für ein ausgiebiges Frage-und-Antwort-Spiel hatte. Dann versicherte mir mein Partner, der Politiker, treuherzig, ich, der Journalist, wüsste sicher bestens Bescheid über das, was ich schreiben würde, schließlich fände ich alles Nötige in den schriftlichen Unterlagen, z. B. im parlamentarischen Bericht.

Was letztlich ja auch stimmte. Mit ein bisschen redaktioneller Improvisation wurde dann aus einem in trockenem Parlamentsfranzösisch verfassten *exposé des motifs* ein informatives Interview in flottem Zeitungsdeutsch. Deontologische Bedenken hegte ich dabei nur am Rande, zwecks Selbstrechtfertigung griff ich auf das praktische Konjunktiv II zurück: „Hätten wir das Gespräch tatsächlich geführt, wäre es auch in dieser Form zustande gekommen.“ Oder einfacher: Ich legte dem Politiker die Antworten in den Mund, die er mir gegeben hätte, falls ich ihm die Fragen so gestellt hätte, was ja eh der Fall gewesen wäre. Vertrauen gegen Vertrauen. *Presse amie*.

Einmal allerdings wurde es auch mir des Guten zu viel. Ja, ich fühlte mich regelrecht in meiner Berufsehre getroffen, weil zum stupiden Befehlsempfänger degradiert. Dennoch schluckte ich das von einem Fraktionsmitarbeiter vorgefertigte Interview, das ich mich eigentlich anschicken wollte, mit einer CSV-Grande zu führen, und das man mir bei meinem Eintreffen in den Fraktionsbüros mit kumpelhaftem Schulterklopfen druckfertig in die Hand drückte. Es war ein reines PR-Machwerk, das ich widerwillig in die Zeitung setzte, mit nur kosmetischen sprachlichen Korrekturen, damit ein Mindestanschein von Authentizität gewahrt bleibe.

Wahre Freundschaft

Mit zunehmender Erfahrung in dem Job dämmerte mir, dass die mit der katholischen Zeitung befreundete *classe politique* den kleinen großen Unterschied zwischen Journalismus und Marketing, Presse und Public Relations nicht kannte (und nicht kennen wollte). Es war die Zeit, wo der für seine wüsten Presseschelte-Anfälle gefürchtete Regierungschef verfügte, auf diversen Auslandsreisen, vornehmlich aus Kostengründen, keine Medienleute mehr mitzunehmen und stattdessen allen Ernstes von den Zeitungen erwartete, dass sie die offiziellen Communiqués des staatlichen Informations- und Pressedienstes einschließlich des mitgelieferten Bildmaterials unbesehen abdruckten – ein Modell, das aus Sicht der Regierenden in autoritären Staaten äußerst zufriedenstellend funktioniert.

Ich für meinen Teil gelangte mit Rücken- deckung meines Chefredakteurs rasch zu der Erkenntnis, dass die Idee von der *presse amie* nur dann wirklich Sinn ergibt, wenn sie so verstanden wird wie authentische Freundschaft auf interpersonaler Ebene. Will heißen: An den Freund stellt man andere, höhere Ansprüche, man misst ihn mit ganz anderen Maßstäben. Dem wirklichen Freund sagt man mit ungeschminkter Ehrlichkeit, wann und wieso er den gemeinsamen Idealen, den geteilten Grundwerten nicht gerecht wird. Man weist ihn auf seine Unzulänglichkeiten hin, unterstützt ihn in seinem Bemühen, es besser zu machen und gesteht ihm Milde zu für allzu menschliche Schwächen und die Sachzwänge des real existierenden Alltags.

Diese Philosophie der kritischen „Nicht-Äquidistanz“ hat der frühere Mitherausgeber des Ende 2010 verbliebenen *Rheinischen Merkur* mit seiner eigensüchtigen Auffassung von Pressefreiheit nie begriffen, obschon es gerade diese Wochenzeitung mit christlicher Ausrichtung war, die den deutschen Unionsparteien regelmäßig und mit journalistischem Talent den Spiegel des eigenen Anspruchs vor die Nase hielt. Er, der nach eigenem Bekunden gerne Journalist geworden wäre, hätte es sicher bis zum Chefredakteur des *Bayernkurier* gebracht. ♦

